

Reino-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 106

Mittwoch, den 17. April 1935

Jahrgang 1935

Der Antrag Frankreichs vor dem Völkerbundsrat.

Niemand will die Berichterstattung übernehmen. / Bedeutsame Erklärung des polnischen Außenministers.

Starke Widerstände gegen Frankreichs Forderungen.

Genf, 16. April.

Die für heute früh um 11 Uhr angelegte geheime Sitzung des Völkerbundsrates, die sich mit der französischen Klage über den deutschen Schritt vom 16. März befaßte, wurde auf heute nachmittag um 4 Uhr vertagt. Grund für diese Verschiebung war, daß man angesichts der bestehenden Gegenstände über die Behandlung dieser Frage in den Vorberathungen noch nicht weit genug gediehen war, um eine Erörterung in offizieller Ratssitzung zweckmäßig erscheinen zu lassen. So konnte nicht einmal die für heute vormittag in Aussicht genommene Einsetzung eines Dreierausschusses erfolgen, dem statt eines einzelnen Berichterstatters (weil diese Verantwortung teils der vorgeschlagenen Ratssmitglieder übernehmen wollte) die Ausarbeitung eines Entschließungsentwurfs obliegen sollte. Als Mitglieder dieses Ausschusses hatte man die Vertreter Dänemarks, Chiles und Spaniens in Aussicht genommen. Bedenken wurden vor allem von dem dänischen Außenminister Munch, vom polnischen Außenminister Bede und den Vertretern der südamerikanischen Staaten geltend gemacht. Munch vertritt die Ansicht, daß die im Laufe der letzten Jahre verschiedentlich schon gegen eine Präzisierung der Sanktionsbestimmungen des Artikels 16 Einspruch erhoben haben. Diese grundsätzliche Ablehnung teilen die südamerikanischen Staaten, Dänemark und Polen mit. Außerdem, daß der Völkerbundsrat keine Beurteilung Deutschlands aussprechen darf, polnische Außenminister verlangt ferner, daß die Beratungen der Ratssmitglieder, die unter der vom Rat vorzunehmenden Sanktionen fallen sollen, genau definiert werden müßten, damit nicht unter Umständen auch die bereits erfolgte polnische Aufhebung von Handelsbeziehungen zu Deutschland bezogen werden könnte. Der polnische Außenminister erklärte, daß die polnische Regierung die Unterbrechung der Handelsbeziehungen zu Deutschland, die unter der vom Rat vorzunehmenden Sanktionen fallen sollen, genau definiert werden müßten, damit nicht unter Umständen auch die bereits erfolgte polnische Aufhebung von Handelsbeziehungen zu Deutschland bezogen werden könnte.

französischen Klage beim Völkerbund fortsetzen sollte. Es bestätigte sich, daß besonders die in Aussicht genommenen Berichterstatter Dänemarks und Chiles die ihnen zugedachte Aufgabe an die französische Delegation zurückverweisen wollten. Der dänische Außenminister und der Vertreter Chiles machten nach wie vor starke Bedenken dagegen geltend, daß Deutschland in der Schlusssatzung der Sanktionen die Rede sein sollte. Die spanische Auffassung ging dahin, daß die Sache nicht allein auf den deutschen Fall abgestellt werden dürfe. Angesichts dieser Lage kam es, daß der französische Außenminister, da sich kein anderer Ausweg fand, dem Völkerbundsrat am Nachmittag von sich aus den Entschließungsentwurf unterbreitete, den auch England und

Italien zu ihrem eigenen machten. Falls man nicht nach völlig neuen Methoden verfahren will, muß aber die Einsetzung eines Berichterstatters einem Ratsentschluß über den französischen Entschließungsentwurf unbedingt vorausgehen. Man scheint jedoch zu hoffen, daß es leichter sein wird, einen allgemeinen, annehmbaren Entschließungsentwurf zu finden, nachdem die einzelnen Mächte in der offiziellen Ratssitzung ihren Standpunkt zum französischen Entwurf schärfer umrissen haben.

Von offizieller Völkerbundsseite wird hierzu erklärt, daß endgültige Beschlüsse noch in keiner Richtung vorliegen. Die bestehenden Schwierigkeiten werden jedoch zugegeben, eine direkte Ablehnung des spanischen Berichterstatters wird indessen von dieser Seite bestritten.

den, um die Regeln des internationalen Lebens achten zu helfen.

Wenn sie ihre Pflicht erfüllt haben, werden wir der Zukunft ins Auge sehen.

Wir machen keinen Unterschied zwischen den einzelnen Nationen. Alle Völker müssen auf dem gleichen Boden der Gleichheit behandelt werden. Unsere Politik ist gegen kein Land gerichtet. Die Sicherheit, die wir verlangen, wollen wir für alle, d. h. daß wir nicht auf unser Friedensideal verzichten haben und daß wir auch in Zukunft nicht darauf verzichten werden.

Dies ist die Sprache Frankreichs. Man wird in der Welt nicht sagen können, daß Frankreich durch den Antrag, den es dem Rat unterbreitet habe, dem notwendigen Wert der Veröhnung zwischen den Völkern geschadet hat. Wenn es für die Erfordernisse der internationalen Moral nötig ist, über die Vergangenheit zu richten, so darf doch die schwierige, langsame und oft unheimliche Arbeit nicht unterbrochen werden, den Frieden zu organisieren.

Ich habe daher die Ehre, bei dem Büro des Rates einen Entschließungsentwurf zu hinterlegen, der die Schlussfolgerung aus der jetzigen Debatte darstellen soll. Diese Entschließung wird von den drei Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens unterbreitet.

Nach Laval ergriff der englische Außenminister

Sir John Simon

das Wort. Er begann mit der Feststellung, daß die von Laval vorgelegte Entschließung eine gemeinsame Entschließung der drei Stresa-Mächte sei.

Der Grund, der diese Mächte bewegen habe, diese Entschließung gemeinsam vorzulegen, sei aus dem Schlusskommuniqué von Stresa selbst ersichtlich, und zwar aus dem Absatz, in dem die drei Mächte es als ihr Hauptziel bezeichnet, den Rahmen des Völkerbundes, wobei sie gleichzeitig erklärten, durch alle notwendigen Mittel einseitige Aufkündigungen von Verträgen für die Zukunft unmöglich zu machen.

Simon betonte weiter, er wolle besonders darauf aufmerksam machen, daß die kollektive Aufsicht, die die drei Mächte im Rahmen des Völkerbundes das Ziel der drei Mächte sei.

Sie seien in Genf heute nicht als Vertreter ihrer Regierungen erschienen, sondern als Mitglieder des Völkerbundes und des Völkerbundsrates. Wenn diese Entschließung vom Rat angenommen werde, so werde sie damit zu einer Ratsentscheidung.

Simon ging dann auf die drei Schlusssätze der gemeinsamen Entschließung ein, die er noch einmal zusammenfassend wiederholte und deren Sinn er im Einklang mit dem Wortlaut erläuterte:

Obwohl die Umstände, die die Einsetzung der Entschließung hervorgerufen hätten, die Tat eines einzelnen Staates seien, müßten die Ratsmächte diesen Vorgang auf sich anwenden und den Entschluß fassen, die darin festgehaltenen Pflichten unparteiisch gegenüber allen anzuwenden. Der zweite Teil der Entschließung befähigte das Programm von London und er, Simon, sei glücklich, daß diese Unternehmungen dadurch in den Rahmen des Völkerbundes gestellt seien. Es handelte sich hier um einfache Vorschläge, die durch die Umstände besonders gerechtfertigt seien.

Die Entschließung ist eine kleine, aber sie zeigt, daß der Völkerbund einig ist, um die Sache zu verteidigen, für die er gegründet worden ist. Alle Taten würden offen stehen, um es möglich zu machen, durch Verhandlungen zu einer allgemeinen Regelung zu gelangen, die für die Aufrechterhaltung des Friedens und für die zukünftige Sicherheit der Welt notwendig sei.

Zum Schluss erklärte Sir John Simon, diese Vorschläge seien wohlgegründet. Wenn der Rat ihnen zustimme, so werde er damit zeigen, daß er einig ist in der Aufrechterhaltung des Friedens und in der Herstellung der allgemeinen Sicherheit.

Nach dem englischen Außenminister sprach der italienische Ratsmitglied

Baron Aloisi.

Er erklärte, daß in dem gemeinsamen Entschließungsentwurf die Grundlagen festgelegt worden seien, die die Taten der italienischen Regierung auf internationalem Gebiet immer geleitet habe. Die zahlreichen Initiativen, die die faschistische Regierung in der schwierigen Augenblicken ergriffen habe, seien der Friedenssicherung gewidmet gewesen. Die faschistische Regierung habe ihre Politik immer auf Realitäten, aber auch auf die Interessen aller Nationen gegründet. Sie werde aber, obwohl sie die Notwendigkeit des Festhaltens der Verbindungen nicht verkenne, sich dem Willen derjenigen widerlegen, die den europäischen Frieden bedrohen. Dieser Wille habe sich nicht nur in Worten, sondern in Taten ausgedrückt, die italienische Regierung habe jederzeit, so erklärte Aloisi weiter, die weitestgehenden Vorbehalte geltend gemacht gegen die Entscheidung der deutschen Regierung vom 16. März.

Er schloß sich voll inhaftlich den Erklärungen Frankreichs und Großbritanniens an. Die italienische Regierung habe immer der Ansicht Ausdruck verliehen, daß es angezeigt wäre, den Teil V des Versailler Vertrages einer Revision zu unterziehen. Sie habe aber dabei immer klar zu verstehen gegeben, daß eine solche Revision auf rechtmäßigen Wege zustande kommen müsse.

Die faschistische Regierung, so schloß Aloisi, sei einer Meinung mit Frankreich und Großbritannien in ihrem Vertrauen in die Politik der internationalen Zusammen-

Die Aussprache in der Ratssitzung

Lavals Rede über das deutsche Wehrgesetz.

DNB Genf, 16. April.

Nach einer geheimen Sitzung, die nur einige Minuten dauerte, trat der Völkerbundsrat in öffentlicher Sitzung zur Behandlung des französischen Antrages gegen das deutsche Wehrgesetz. Die Ratssitzung wurde am 16. April um 11 Uhr eröffnet. Der Präsident des Rates, der dänische Außenminister Munch, eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, daß der Völkerbundsrat keine Beurteilung Deutschlands aussprechen darf, polnische Außenminister verlangt ferner, daß die Beratungen der Ratssmitglieder, die unter der vom Rat vorzunehmenden Sanktionen fallen sollen, genau definiert werden müßten, damit nicht unter Umständen auch die bereits erfolgte polnische Aufhebung von Handelsbeziehungen zu Deutschland bezogen werden könnte.

„An dem 16. März 1935, dem Tag, an dem das deutsche Wehrgesetz in Kraft trat, muß man sich erinnern, daß es eine Verletzung der Verpflichtungen darstellt, die Deutschland aus dem Versailler Vertrag resultieren. Es ist dies eine Verletzung der Verpflichtungen, die Deutschland aus dem Versailler Vertrag resultieren. Es ist dies eine Verletzung der Verpflichtungen, die Deutschland aus dem Versailler Vertrag resultieren.“

Der Entschließungsentwurf gegen Deutschland.

Ein Ausschuss soll Sanktionsmaßnahmen für künftige Fälle ausarbeiten.

Das gemeinsame Werk der Stresa-Mächte.

DNB Genf, 16. April.

Der von Laval im Namen der Delegationen Frankreichs, Englands und Italiens dem Völkerbundsrat in seiner heutigen Sitzung unterbreitete Entschließungsentwurf lautet:

I. Der Völkerbundsrat ist der Ansicht, 1. daß die gegenwärtige Einhaltung aller Verpflichtungen aus den Verträgen ein Grundregel des internationalen Lebens und eine Voraussetzung der Aufrechterhaltung des Friedens ist, 2. daß es ein Hauptgrund der Menschheit ist, daß keine Macht sich von den Verpflichtungen eines Vertrages lösen kann, noch daß sie seine Bestimmungen ohne Übereinkunft mit den anderen vertragsschließenden Parteien abändert, 3. daß die deutsche Einführung des Wehrgesetzes vom 16. März 1935 im Widerspruch mit diesen Grundregeln steht, 4. daß durch diese einseitige Maßnahme kein Recht entstehen konnte, 5. daß diese einseitige Maßnahme, indem sie ein neues Störungsselement in die internationale Lage brachte, notwendigerweise als eine Drohung gegen die europäische Sicherheit erscheinen mußte.

In der Erwägung, daß andererseits 6. die britische Regierung und die Regierung Frankreichs, mit Zustimmung der italienischen Regierung, die deutsche Regierung seit dem 3. Februar 1935 mit dem Programm einer allgemeinen Regelung befaßt hatten, mit dem Ziele, durch freie Verhandlungen den Frieden in Europa zu organisieren und zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung im Rahmen der Gleichberechtigung zu gelangen, bei gleichzeitiger Sicherstellung der aktiven Mitarbeit Deutschlands am Völkerbund, 7. die einseitigen Maßnahmen Deutschlands nicht nur unvereinbar mit diesem Plan sind, sondern daß sie auch gerade zu dem Zeitpunkt, als die Verhandlungen tatsächlich im Gange waren, erklärt der Rat: daß Deutschland gegen

die Pflichten, die allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft auferlegt sind, verstoßen hat, nämlich die eingegangenen Verpflichtungen innezuhalten. Der Rat verurteilt jede einseitige Aufkündigung der internationalen Verpflichtungen.

II. Der Rat richtet an die Regierungen, die das Programm vom 3. Februar 1935 ins Leben gerufen haben oder die sich ihm anschließen haben, die Aufrechterhaltung der Verhandlungen, die sie begonnen haben, fortzusetzen und vor allem im Rahmen des Völkerbundsabkommens die Verträge abzuschließen, die im Einklang mit den Verpflichtungen des Völkerbunds notwendig erscheinen sollten, um das Ziel zu erreichen, das in diesem Programm zur Sicherung der Aufrechterhaltung des Friedens vorgesehen ist.

III. In Erwägung, daß die einseitige Aufkündigung internationaler Verpflichtungen sogar die Existenz des Völkerbundes in Gefahr bringt, also einer Einrichtung, die die Pflicht hat, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern und die allgemeine Sicherheit zu organisieren, beschließt der Völkerbundsrat:

daß eine derartige Vertragsaufkündigung, ohne damit die Anwendung der Bestimmungen zu beeinträchtigen, die schon in anderen internationalen Verträgen vorgesehen sind, von Seiten der Mitglieder des Völkerbundes und im Rahmen des Völkerbundsabkommens alle geeigneten Maßnahmen hervorgerufen müßte, sobald es sich um Verpflichtungen handelt, die die Sicherheit der Völker und die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa betreffen.

Der Rat beauftragt einen Ausschuss, der in folgender Weise zusammengesetzt sein soll (hier ist eine Liste im Text), zu diesem Zweck Maßnahmen vorzuschlagen, welche die Mitglieder des Völkerbunds wirksamer machen sollen hinsichtlich der Organisation der allgemeinen Sicherheit, und der im Besonderen wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen genau festlegen soll, die angewandt werden könnten in dem Fall, daß in Zukunft ein Staat, der ein Mitglied des Völkerbundes ist, oder nicht, den Frieden in Gefahr bringen sollte, indem er einseitig seine internationalen Verpflichtungen aufkündigt.

Schritt des Staatssekretärs Grauert in Subbetrath.



Schritt (M) Der Staatssekretär im Reichs- und preussischen Innenministerium Ludwig Grauert betrat heute in Subbetrath (Landkreis Düsseldorf-Rettmann) Fräulein Elise Bilsch. Man sieht hier das Brautpaar auf der Treppe des Standesamtes in Subbetrath. Dahinter die Trauzuganten: Grauert, Staatsrat Florian und Polizeipräsident SS-Bezugsgruppenführer Weigel.

arbeit, von deren Geist die Konferenz von Streja befeht gewahrt sei.

Dann ergreift

Der polnische Außenminister Beck

das Wort und erklärte, er halte es für notwendig, sich bei seiner Rede auf das Dokument zu beziehen, das ihm sehr bedeutungsvoll erscheine, nämlich auf die französische Denkschrift vom 9. April. Seiner Ansicht nach habe die französische Regierung darin dem Rat drei verschiedene Probleme unterbreitet:

1. Die deutsche Aufrüstung.
2. Die Erweiterung der Verpflichtungen, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus dem Völkerbundspakt erwachsen und
3. die Verstärkung der Sicherheit auf dem Wege von neuen Typen von internationalen Abkommen.

Was das erste Problem angeht, so führte Außenminister Beck weiter aus, wolle er daran erinnern, daß seine Regierung sich zu verschiedenen Malen über die Ziele und Methoden der Abrüstungskonferenz ausgesprochen habe in dem Rahmen, in dem das Problem anfänglich behandelt worden sei. Er begreife sich dabei besonders auf die Feststellungen im Hauptabsatz vom 6. Februar 1933 und 1. Juni 1934. Ebenso habe die polnische Regierung ihre Meinung klar zum Ausdruck gebracht, als in der Folge das Problem Gegenstand der Verhandlungen außerhalb der Konferenz geworden war. Zu allererst, als die Verhandlungen als gescheitert angesehen werden mußten, schenke es angeht, den Völkerbundrat einzuführen.

Da die polnische Regierung an den Verhandlungen außerhalb der Konferenz nicht teilgenommen und da sie sich an den damals abgegebenen Erklärungen nicht beteiligt hat, ist es nicht erstaunlich, sagte der polnische Außenminister, daß ich bei der gegenwärtigen Lage nicht an die Möglichkeit glaube, irgendwelche neuen Bemerkungen in dieser Angelegenheit zu machen.

Ueber den zweiten Punkt, der sich auf die in der Zukunft anzuwendenden Sanktionen bezieht, wolle er nur einige allgemeine Bemerkungen machen.

Niemand könne bestreiten, daß gewisse Verpflichtungen des Völkerbundes unglücklicherweise ziemlich häufig nicht durchgeführt worden seien und daß dadurch das Ansehen des Völkerbundes vermindert worden sei. „Glaubt man ernstlich“, so fragte der polnische Außenminister, „daß es möglich ist, seine Autorität wiederherzustellen und die Wirksamkeit seiner Aktion zu erhöhen, indem man die Zahl der Verträge und der Paragrafen vermehrt, die neue Verpflichtungen enthalten?“

Auf der anderen Seite ist es offensichtlich, daß der Rat sich beschränken muß auf die Prüfung und Sanktionierung in dieser Hinsicht, daß jede Entscheidung, die eine Erweiterung der Verpflichtungen des Völkerbundes in sich schließt, zur Zukunftigkeit aller Mitgliedsstaaten des Völkerbundes gehört. Diese meine Bemerkungen sind von dem aufrichtigen Bestreben meiner Regierung geleitet, die internationale Zusammenarbeit voranzutreiben, deren Grundgedanke die Völkerbundspakte ausmachen und für die der Völkerbund trotz allem das wichtigste Instrument bleibt.

Was den dritten Punkt betrifft, nämlich die Bemerkungen der französischen Regierung über Verträge zur Aufrechterhaltung der europäischen Sicherheit, so möchte ich betonen, daß Polen zweifellos zu denjenigen Staaten gehört, die diese hohe Veranlassung anerkennen. In der Hinsicht auf die Sicherheitsprobleme beschäftigen haben. Trotzdem ist Polen an der Sicherheit aus stärkster Interesse. Nach vor zwei Jahren ist der Geisteszustand, in dem sich die politischen Beziehungen zwischen den Staaten Osteuropas entwickelten, wenig befriedigend gewesen. Trotzdem hat man sich damals wenig um die Sicherheit in diesem Teil Europas gekümmert. Umso lieber stelle ich heute fest, daß sich die politischen Beziehungen in dieser Gegenüberstellung außerordentlich günstig entwickelt haben.

In diesem Zusammenhang erinnerte Beck an die Friedensabmachungen und Nichtangriffverträge seines Landes mit Litauen, Finnland und Lettland und mit Sowjetrußland, um dann besonders die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen mit Deutschland am Ende 1933 und Anfang 1934 darzulegen.

Man könne sich daher nicht wundern, daß die öffentliche Meinung Polens sehr überrascht sei, daß man nun dringend neue Mittel zur Befriedung Osteuropas verlange in einem Augenblick, wo die Festigung der Beziehungen zwischen Polen und zwei großen Nachbarn in so wirksamer Weise durchgeführt worden sei. Er könne nicht verhehlen, daß diese Tatsache in der öffentlichen Meinung Polens starken Verdacht erregt habe und daß man sich frage, ob nicht gewisse ins Auge gefasste Verträge — wenn auch nicht hinsichtlich

sich ihrer Wirkung, so doch hinsichtlich ihres möglichen Wertes — den Frieden beeinträchtigen könnten, der durch eine aufrichtige und logische politische Entzweiigung hergestellt worden sei. Man habe die Sorge, daß neue Abkommen das Nichtangriffssystem an der polnischen Grenze verunsichern könnten oder auch die guten nachbarlichen Beziehungen mit dem Nachbarn Polen im Westen in Frage stellen könnten. Die polnische Regierung betrachte dieselben Tatsachen als besonders wichtig und entscheidend. Aus diesem Grunde könne sie die Prüfung irgendeines neuen Vorschlages aus dem Auge lassen, wenn sie die Überzeugung gewonnen habe, daß es keine sehr schwerwiegenden Nachteile im Gefolge habe, weder hinsichtlich der Lebensinteressen Polens, noch hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa.

Beck schloß mit den Worten: Ich habe mich verpflichtet gefühlt, vor dem Rat die Bemerkungen offen auszusprechen, die ich meiner Regierung bei der gegenwärtigen politischen Lage aufrufen, denn ich habe die Überzeugung, daß das umsonst meine Pflicht war, als der Völkerbundrat sich zur Behandlung ungewöhnlich schwerwiegender Fragen in einer außerordentlichen Tagung versammelte.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch

hob die Notwendigkeit hervor, sich mit den praktischen politischen Auswirkungen des deutschen Auftritts vom 16. März sowie mit den grundsätzlichen Gesichtspunkten der internationalen Verpflichtungen der Völkerbundmitglieder auseinanderzusetzen. Bei unparteilicher Betrachtung erkenne man, daß der deutsche Schritt die allgemeine Verunsicherung Europas verstärkt habe. Der tschechoslowakische Außenminister wies jedoch auf die Verpflichtungen der Völkerbundsmächte hin. Durch die Verpflichtungen fühle sich jede einzelne Macht gebunden. Die Grundsätze, die

jedes Land für sich selbst anerkenne, müsse es auch auf andere Staaten anwenden. Im Namen seiner Regierung schloß sich Benesch der Erklärung der drei Großmächte an.

Der Vertreter Spaniens, Madariaga,

ging nicht auf den Inhalt der Drei-Mächte-Erklärung ein, sondern lenkte die Aufmerksamkeit des Rates auf die verfahrensmäßige Behandlung der Entscheidung.

Es sei bisher nicht üblich gewesen, daß ein Entschlußsentwurf zum Beginn und nicht zum Abschluß einer Aussprache vorgelegt werde. Madariaga bezweifelte, daß der vorliegende Text unverändert angenommen würde.

Er richtete an den Ratspräsidenten die Anfrage, was mit etwaigen Änderungsanträgen der Ratsmitglieder geschehen würde.

Der türkische Ratspräsident Rüschdy Aras

erwiderte hierauf, daß die weitere Behandlung des Entschlußsentwurfes erst nach Abschluß der allgemeinen Aussprache erörtert werden könne. Er könnte jedoch den einzelnen Ratsmitgliedern nicht das Recht absprechen, Änderungsanträge einzubringen.

Der dänische Außenminister Munch

erklärte, daß er mit einigen Punkten der Entscheidung völlig einverstanden sei, gegen andere jedoch schwere Zweifel hege. Da es jedoch nicht möglich gewesen sei, den vorliegenden Text der Entscheidung seiner Regierung zur Kenntnis zu bringen, hat er, seine endgültige Stellungnahme bis morgen aufzuschieben zu dürfen.

Da heute keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erklärte der Ratspräsident die heutige Sitzung für geschlossen. Die Verhandlungen wurden auf Mittwoch vormittag 11 Uhr vertagt.

Von unterbreiteter polnischer Seite wird zu der Rede des polnischen Außenministers Beck erklärt, daß Polen zunächst Wert darauf lege, seine Auffassung zur allgemeinen Lage vor dem Völkerbundsrat darzulegen. Polen sei der Meinung, daß die vom Rat etwa zu fassenden Entschlüsse doch kaum praktische Bedeutung gewinnen würden und daß infolgedessen hier wenig herauskommen würde. Deshalb habe es größtes Verlangen, daß sich zunächst zur allgemeinen Lage, besonders in Osteuropa zu äußern, als zu dem Vorschlag der drei Mächte im einzelnen Stellung zu nehmen.

Ueber die Haltung des polnischen Vertreters bei einer Abstimmung über den Entschlußentwurf wurde von polnischer Seite noch nichts gesagt.

Deutsche Feststellungen.

DNB Berlin, 16. April.

Zu der heutigen Rede des polnischen Außenministers vor dem Völkerbundsrat bemerkt das Deutsche Nachrichtenbüro:

1. In Sachen der deutschen Aufrüstung hat Minister Beck ganz ausdrücklich betont, daß Polen schon im Verlauf der Abrüstungskonferenz seine Haltung dargelegt und dem nichts hinzuzufügen habe.

2. Was die Vermehrung der Pflichten der Mitglieder des Völkerbundes anlangt, so ist Polen der Meinung, daß diese Frage über die Kompetenzen des Rates hinausgehe, und daß die richtige der Vermehrung vorgelegt werden müsse.

3. Die leitende Linie der vom Minister Beck vertretenen Außenpolitik Polens ist, deutlich einen Unterschied zu machen zwischen der aufbauen und aber so wenig konstruktiven Politik der Westmächte, wie sie wieder in Streja aufgetreten ist. Polen geht in seiner Außenpolitik darauf aus, als Friedensfaktor Osteuropas zu wirken. In diesem Zusammenhang hat Minister Beck in Genf von Polen im Einvernehmen mit Litauen, Finnland und Lettland abgeschlossenen Nichtangriffspakt mit Sowjetrußland hervorgehoben und besonders auch auf die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 hingewiesen, die zu einer Entspannung in dem deutsch-polnischen Verhältnis so stark beigetragen habe.

Minister Beck hat in diesem Zusammenhang eine gewisse Kritik an der sogenannten Faktomanie geübt, wobei er, sich auf die polnische öffentliche Meinung stützend, Bestätigungen zum Ausdruck brachte, daß durch derartige Pläne die bereits erzielten Ergebnisse zur Sicherung des Friedens in Osteuropa gefährdet werden könnten. Die Genfer Rede des polnischen Außenministers, in der zu den wichtigsten europäischen Fragen Stellung nahm, ist als Präzisierung der polnischen Politik zu werten.

Auflösung von „Neu-Deutschland“ im Regierungsbezirk Osnabrück.

DNB Osnabrück, 16. April.

Auf der Verfügung der Osnabrücker Staatspolizei ist der Bund katholischer Schüler an höheren Lehranstalten „Neu-Deutschland“ aufgelöst und ihm jede weitere zukünftige Betätigung verboten.

Wie „Der Angriff“ hierzu meldet, hatten vor wenigen Tagen acht dem Bund angehörende Schüler ein in Lingen an der Ems neu eingerichtetes HJ-Heim vollständig geräumt.

Friedensstube über dem Gran Chaco.

Paraguay zu Verhandlungen bereit.

DNB Montevideo, 16. April.

Bei einem Besuch in der Ostkapitänía äußerte sich der Präsident von Paraguay, Agala, bei einem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück über die verschiedenen gescheiterten Friedensvermittlungsvorläufe zwischen Bolivien und Paraguay und erklärte: „Die Stunde ist da, um über Frieden zu sprechen.“ Weiter sagte Präsident Agala, daß Paraguay bereit sei, auch ohne Vermittler mit der bolivianischen Regierung zu verhandeln. Bolivien würde in Paraguay keinen unversöhnlichen Gegner finden. Es sei Zeit, sich an den Konflikt anzuschließen, um zu verhindern, daß die beiden Völker vom Kriegseifer zu befreien.

In zwei Kreisen des südwestlichen Polen vernichteten Wälfarmen etwa 150 Gebäude und richteten auf den Feldern gewaltigen Schaden an.

Die kommenden Aufgaben der SA.

Eine Unterredung mit dem Chef des Stabes.

Magdeburg, 16. April.

Der Chef des Stabes der SA, Luhe, empfing während seiner Anwesenheit bei der Gruppe Mitte zwei Vertreter des „Mitteldeutschen“ zu einer Unterredung, in der er grundlegende Ausführungen über die kommenden Aufgaben der SA machte. Der Stabschef sagte u. a.: Die SA wird in ihrer Grundidee und ihrer Existenz auch für die Zukunft durch das Wehrgesetz in keiner Weise ausgedehnt. Es kann keine Rede von einem Verschwinden der SA sein, da ihre Aufgaben anderer Art sind als die des Heeres, und der Führer für alle Zeiten auf seine SA als den geistlichen und kämpferischen Glaubenssträger und Glaubensführer der nationalsozialistischen Weltanschauung entscheidenden Wert legt. Um der SA diese ihre ursprüngliche Aufgabe zu ermöglichen, ist natürlich eine starke Durchdringung in erster Linie bei allen Führern der Bewegung für den Wehrbereich, einer auf freiwilliger und kämpferisch-politischer Mission aufgebauten, in Gestalt und Haltung nicht militärisch, aber doch soldatisch bedingten nationalsozialistischen Organisation. Die qualitative Hochstellung des Führerkörpers wird erreicht durch umfassende Prüfungen, die eine strenge Auswahl nach charakteristischer Haltung, Beherrschung nationalsozialistischer Weltanschauung und soldatischem Lebensstil schaffen. Diese Prüfungen sind im ganzen Reich bereits bis zu den Brigadeführern herab streng durchgeführt und werden systematisch fortgesetzt bis etwa zu den Sturmführern. In etwa fünf bis sechs Monaten ist dieser Prozeß beendet, der bewußt ohne Rücksicht auf das entstehende Zahlenverhältnis nur eine wirkliche Elite übrig läßt, im ganzen Reich durchgeführte.

Den Weg eines jungen Deutschen, vor allem aber eines kämpferischen Nationalsozialisten, stelle ich mir folgendermaßen vor:

Zunächst die erste Erziehung im Jungvolk und der Hitlerjugend, dann sofort Uebernahme in die

Die Uebersälle auf Deutsche in Pommern.

Wird Polen endlich der Hehe unverantwortlicher Elemente Einhalt gebieten?

Ein Schritt des Danziger Senats.

DNB Danzig, 16. April.

Bei den Ausschreitungen polnischer Gruppen gegen das Deutsche in verschiedenen Orten Nordpommerns ist, wie die weiteren Feststellungen ergeben haben, auch ein Danziger Staatsangehöriger, Student Dr. Hoffmann, der zu einem Vortrag in dem Orte Ralswiek, tätig angegriffen worden. Der Danziger Senat hat deswegen beim diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig Vorstellungen erhoben. Die Danziger Presse nimmt heute mit sehr ernsten und eindringlichen Worten zu den traurigen Vorgängen Stellung. Die Wälder veröffentlichen erschütternde Augenzeugenberichte über die Ausschreitungen, denen, wie bereits gemeldet, ein junges deutsches Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Das hiesige Organ der NSDAP, der „Danziger Wortposten“, stellt fest, daß Danzig im Interesse der Erhaltung guter Beziehungen mit Polen energische Maß-

nahmen zur Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse und zur Beseitigung unheimlicher Elemente in den unmittelbar benachbarten Gebieten fordern müsse. Das Blatt weist weiter darauf hin, daß man gewisse Greuelberichte über den Danziger Basillampf zum Ausgangspunkt der Aktion gegen das Deutsche in Pommern gemacht habe, obwohl in Danzig nicht ein einziger ernsthafter Gewalttätiger zu verzeichnen gewesen sei. Die polnische „Gazeta Odrodzenia“ bezeichnet die Vorfälle in Pommern als „höchst unerwünscht“ und „verurteilenswert“. Das „Danziger Korrespondenzbüro“ stellt diese Verurteilung der Ausschreitungen durch das polnische Blatt mit Befriedigung fest, schließt daran aber die Erwartung, daß man polnische Organe im Sinne der nachbarlichen Verständigung endlich der Hehe unverantwortlicher Elemente Einhalt gebiete.

Trauerfahren über Danzig.

DNB Danzig, 16. April.

Der Tod des jungen Deutschen Fritz Groen, der am Montag in einer Klinik in Joppor an den Folgen des Uebersalles einer polnischen Gruppe auf Angehörige der deutschen Minderheit in Pommern starb, hat in der Danziger Bevölkerung tiefe Teilnahme erweckt. Nachdem die Todesnachricht durch die Mittagsblätter bekannt geworden war, sah man bald an allen Häusern die deutschen Fahnen auf Halbmast oder mit Trauerflor.

Das ganze deutsche Danzig trauert um einen deutschen Volksgenossen, der jenseits der Grenze als Opfer der Hehe unverantwortlicher Elemente fiel.

Deutscher Bauer überfallen und getötet.

DNB Polen, 16. April.

In Neuhütte, Kreis Ostrowo (Polen), ist der deutsche Bauer Rudolf Ried von unbekannten Tätern auf seinem Gehöft überfallen und so schwer verletzt worden, daß er wenige Minuten nach dem Ueberfall verstarb. Noch in der gleichen Nacht nahm die Polizei die Nachforschungen nach den Tätern auf, die bisher jedoch noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Ried, der Mitglied der Ortsgruppe Sulzen der Deutschen Vereinigung war, hinterläßt fünf unmündige Kinder. Die Untersuchung wird ergeben müssen, ob der Verdacht zutrifft, daß es sich auch in diesem Fall um einen politischen Ueberfall handelt.

Beschlagnahme einer deutschen Zeitung.

DNB Dirschau, 16. April.

Die Zeitung der deutschen Minderheit in Pommern, das „Pommersche Tageblatt“, wurde am Dienstag beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte wegen einer Todesanzeige der Deutschen Vereinigung für ihre ermordeten Mitglieder Ried und Groen.

Litauens schlechtes Gewissen.

Verhinderung der Refrutenentlassungen.

DNB Rowno, 16. April.

Wie die Rownower Zeitungen melden, ist die Entlassung der litauischen Refruten, die im Wald 1. entlassen werden sollten, auf zwei Monate verzögert worden.

Die Opposition der Kleinen Entente gegen Streja

Lavals Erklärungen „zur Kenntnis genommen“

DNB Genf, 16. April.

Ueber die gemeinsame Tagung des Ständigen Rates der Kleinen Entente und der Balkan-Entente, die unter dem Vorsitz von Titulescu am Montag stattgefunden hat, wurde folgende Verlaufszusammenfassung veröffentlicht:

Die Vertreter der fünf Staaten haben die allgemeine europäische Lage im Lichte der letzten Ereignisse geprüft. Sie haben mit Genugtuung von den Ergebnissen der Konferenz von Streja Kenntnis genommen, die im Hinblick auf die baldige Verwirklichung der für das Welt der europäischen Friedensorganisation geplanten Maßnahmen erfolgt sind. Sie hoffen, daß diese Ergebnisse schon jetzt eine der internationalen Zusammenarbeit und der Friedensfestigung günstige Entspannung zur Folge haben werden. Die Kleine Entente und die Balkan-Entente legen dem baldigen Abschluß von gegenseitigen Hilfeleistungsverträgen im Nordosten Europas sowie dem Erfolg der Verhandlungen für die Verwirklichung eines Sicherheitspaktes in Mittel- und Südosteuropa besondere Bedeutung bei.

Was die Revision des Militärstatuts der Unterzeichnerstaaten der Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly anlangt, so haben die Vertreter der fünf Staaten von den Erklärungen Lavals Kenntnis genommen, die besonders betonen, a) daß die englische, französische und italienische Regierung davon abgesehen haben, ihre Ansicht über den Grund der Frage abzugeben, da diese durch die am unmittelbarsten interessierten Regierungen frei entschieden werden muß, b) daß die einzige Empfehlung, die die drei Regierungen in Streja glaubten abgeben zu müssen, das Bestehen betrifft, jeden Versuch auszuschließen, auf einem anderen Wege als dem eines Vertrages zu einer Regelung zu gelangen, in dem die drei Mächte das Verfahren freier Verhandlungen vorgeschlagen haben, deren Möglichkeiten aus der Gewährung neuer Sicherheitsgarantien bedingt sind.

Diplomatischer Schritt in Belgrad.

DNB Paris, 16. April.

Die Agentur Information berichtet aus Belgrad, daß die Gesandten Frankreichs und Englands am Montagabend den jugoslawischen Außenminister Jettich aufgesucht hätten, um seine besondere Aufmerksamkeit auf Artikel 6 der Streja-Verlautbarungen zu lenken, der sich mit der möglichen Revision der Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly befaßt. Die beiden Gesandten hätten der jugoslawischen Regierung geraten, regionale Pakte abzuschließen, und darauf hingewiesen, daß im Rahmen solcher Pakte die Aufrüstung Osteuropas und Bulgariens durchgeführt werden könnte, ohne daß die jugoslawischen Interessen dadurch in Mitleidenschaft gezogen würden.

Die E

Gene

Anholter

Nummer 10

Die E

Scharfma

Nach einer kurze

rates, die lediglich

gewidmet war, wur

örterung der

nischen Ent

Schritt vom 16.

Als erster Jour

das Wort.

Er begann mit d

zeichner des Verfall

Schritt unmittelbar

jetzt und für

als Mitglied des

rates sei es durch

durch einen Staat

lei, ebenfalls beruht

heißt Sicherheit jorge

Waffen anschaffe, zu

Zwecken gehehe. 2

haft, wenn diese W

sondern offensichtlich

als politisch best

benachbarter Staaten

durch ein Staatsge

grenzte Grobe

begegnung habe, und

abgerückt sei, dann je

land habe keinerlei

bleiben. Jelen nicht

Der sowjetrussis

Frage auf, ob man

schließen könne. Vitr

läßt die Deutsch

demonstrieren. Er b

sich ein Individuum,

Häuser der Bürger

haben und dann beruh

keine Sympathien er

Zweifel, ob man die

griffslosten Individu

fähig sei, sich zu

legen. (Hierbei be

willen, in hervorragt

typ des Kommun

Ulmow erklärte

wenn Deutschland hi

teit ergriffen müßte,

und der Eröberungs

feinereit Aussicht vor

Nach Litwinow h

ter Portugals,

Alle drei erklärten,

zu stimmen. Der

Zulage allerdings ein

unterbreiteten Entsch

genügend die po

lichtige und be

lung Rechnung z

igen Regierung zu

artikel nicht mit der

den, dann brauche m

auch andere Verpflich

Die Vertreter M

Chiles brachten üb

über dem Völkerbund

He sich stets für gena

gegangenen Verpflich

geden besonders her

klärung, die auf Gro

Charakter des Völk

Von allen drei Staat

stimmte werden.

Der dänische

erklärte, daß er die

schließung gern anneh

anderen Absicht, nän

schließung, der au

nahme und der über

16. März ein Ur

mäßigkeit dieses 2

Er befürchte, d

findlichen internat

Entwicklung haben

keit, aus dem

in dem sich die

befinde, dadurch n

lehr, daß die Ent

man dadurch aus

getreten sei, Deut

dem Nat

hieses zuertei

les würde die

Völkerbund

Er könne daher je

hung nur dann ge

änderung erfahre. S

lich. Was die Frage

Vertragsbrüche anlang